

DER TAGESSPIEGEL



 22.03.2013 16:18 Uhr

Unentschuldigtes Fehlen

Für Schulschwänzer wird's schwerer

von **Sylvia Vogt**

Die Berliner Koalition will in allen Bezirken ein einheitliches Vorgehen gegen Schulschwänzer durchsetzen. Künftig soll bereits nach fünf Fehltagen eine Anzeige gestellt werden.



In Berlin gibt es viele hartnäckige Schulschwänzer. - FOTO: DPA

Über 3000 Schüler schwänzen in Berlin regelmäßig die Schule, rund 650 davon kamen im letzten Schuljahr sogar mehr als 40 Tage ohne Entschuldigung nicht zum Unterricht. Ein ernstes Problem, das die Bezirke bisher ganz unterschiedlich handhaben. Während Neukölln etwa auf konsequentes Eintreiben von Bußgeldern setzt und auch bei der Zahl der Schulversäumnisanzeigen vorn liegt, werden im benachbarten Friedrichshain-Kreuzberg deutlich weniger Anzeigen beim Schulamt gestellt, Bußgelder so gut wie gar

nicht verhängt.

Die Regierungskoalition will das jetzt ändern – zumindest was das Vorgehen bei den Anzeigen betrifft. Die SPD-Fraktion hat dazu einen Antrag beschlossen, die CDU signalisiert Zustimmung.

Bereits nach fünf nicht zusammenhängenden unentschuldigten Fehltagen im Halbjahr soll künftig eine Schulversäumnisanzeige gestellt werden – bisher passierte dies erst nach zehn Fehltagen am Stück. Danach soll es ein verpflichtendes Gespräch zwischen Eltern und Lehrern geben. „Viele Eltern wissen gar nicht, dass ihre Kinder schwänzen“, sagt Joschka Langenbrinck (SPD), auf dessen Initiative der Antrag zurückgeht. Zudem müsse die Zusammenarbeit zwischen Schule, Jugendamt und Jugendgerichtshilfe verbessert werden. „Da weiß manchmal der eine nicht, was der andere tut. Das muss sich ändern und darf nicht an Datenschutz-Problemen scheitern“, so Langenbrinck. Er hoffe, dass die neuen Regeln bereits im nächsten Schuljahr umgesetzt werden. Sein Fraktionschef Raed

Saleh betont, dass es darum gehe, möglichst früh Zeichen für eine beginnende Schuldistanz zu erkennen und dem entgegenzuwirken.

CDU-Bildungsexperte Stefan Schlede begrüßt den Antrag, nennt ihn aber „etwas weichgespült“. „Wir müssen auch über Bußgelder reden“, sagt er. Das Thema habe die SPD vermieden.

Fraglich ist, ob eine neue Verordnung nicht ein „Papiertiger“ bleibt. Denn viele Schulen sind schon mit der jetzigen Regel überfordert, die Eltern gleich am ersten Fehltag zu informieren. *Sylvia Vogt*